

Stand: 19.04.2024 16:39:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/1267

"Rücknahme der Einstufung der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) als linksextremistisch und Rücknahme des Ausschlusses aus dem Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS)"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/1267 vom 07.05.2009
2. Beschluss des Plenums 16/1308 vom 07.05.2009
3. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 07.05.2009
4. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 07.05.2009

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Franz Maget, Helga Schmitt-Bussinger, Florian Ritter, Inge Aures, Reinhold Perlak, Dr. Christoph Rabenstein, Markus Rinderspacher, Harald Schneider, Johanna Werner-Muggendorfer** und Fraktion (SPD)

Rücknahme der Einstufung der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) als linksextremistisch und Rücknahme des Ausschlusses aus dem Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die Beobachtung der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) durch das Landesamt für Verfassungsschutz zu beenden,
2. es zu unterlassen, die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) als linksextremistische bzw. linksextremistisch beeinflusste Organisation abzustempeln und
3. den Ausschluss der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) aus dem Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) sofort zurückzunehmen.

Begründung:

Die Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) sammelt seit ca. 20 Jahren Informationen aus der rechtsextremen Szene in München und in Bayern. Der Verein wurde in den Jahren 2005 und 2006 in dem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ des am 23. Mai 2000 von den Bundesministerien des Innern und der Justiz gegründeten bundesweiten „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT)“ für sein vorbildliches zivilgesellschaftliches Engagement ausgezeichnet. Im Jahr 2008 zeichneten die Landeshauptstadt München, der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München und der Verein Lichterkette e.V. a.i.d.a. e.V. mit dem Förderpreis „Münchner Lichtblicke“ aus. Durch Stadtratsbeschluss vom 17.12.2008 wurde das Sozialreferat der Landeshauptstadt München beauftragt, eine Recherche- und Multiplikatorenstelle bei einem freien Träger einzurichten. Dort arbeitet ein Vertreter des Vereins. a.i.d.a. e.V. ist mittlerweile in Bayern eine der am längsten bestehenden und kontinuierlich arbeitenden Organisationen gegen Rechtsextremismus. Damit ist a.i.d.a. ein gesellschaftlich anerkannter Verein, der in wohl einzigartiger Weise in Deutschland das größte und umfassendste Archiv zu neonazistischen und rechtsextremistischen Umtrieben aufgebaut hat und den Neonazis und Rechtsextremisten genauestens auf die Finger schaut.

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat a.i.d.a. Ende März 2009 als linksextremistisch eingestuft. Das Staatsministerium des Innern hat darüber hinaus angeordnet, den Verein aus der vom Bayerischen Jugendring getragenen Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) auszuschließen. Die Einrichtung der Landeskoordinierungsstelle erfolgte im Rahmen des Programms "Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Landeskoordinierungsstelle steuert Lösungs- und Beratungsangebote zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Mit dem Ausschluss von a.i.d.a. e.V. aus der Landeskoordinierungsstelle verliert die LKS eine Organisation, deren fundierte Recherchen über den Rechtsextremismus in Bayern, Veröffentlichungen und Verlautbarungen anerkannt und geachtet werden und die für die Aufgaben der Landeskoordinierungsstelle außerordentlich wichtig und wertvoll sind.

Es gibt keinerlei nachvollziehbare und stichhaltige Begründungen für die u. E. massiven Behauptungen gegenüber a.i.d.a.. Im 248-seitigen Verfassungsschutzbericht Bayern 2008 bleibt das Staatsministerium des Innern eine Begründung schuldig.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Franz Maget, Helga Schmitt-Bussinger, Florian Ritter, Inge Aures, Reinhold Perlak, Dr. Christoph Rabenstein, Markus Rinderspacher, Harald Schneider, Johanna Werner-Muggendorfer** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/1267

Rücknahme der Einstufung der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) als linksextremistisch und Rücknahme des Ausschlusses aus dem Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS)

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erfolgreiche Zusammenarbeit im Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus fortsetzen - Ausschluss der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) zurücknehmen (Drs. 16/1256)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Helga Schmitt-Bussinger, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)

Rücknahme der Einstufung der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) als linksextremistisch und Rücknahme des Ausschlusses aus dem Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) (Drs. 16/1267)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als erster Rednerin erteile ich Kollegin Tausendfreund von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben wahrscheinlich in der letzten Woche selber in der Presse verfolgt, dass die Diskussion um a.i.d.a. ziemlich hochgeschwappt ist. Wir GRÜNEN protestieren gegen die Weisung des Kultusministeriums, a.i.d.a. aus der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, also dem bayernweiten Beratungsnetzwerk, auszuschließen. Wir setzen uns dafür nicht alleine ein, da viele namenhafte Organisationen ebenfalls ihre Solidarität mit a.i.d.a. erklärt haben. Die Einstufung als linksextremistische Organisation und die Bezeichnung ihrer Vertreter als bekannte Linksextremisten ist verfehlt und kont-

raproduktiv. Der Verfassungsschutz versucht krampfhaft, a.i.d.a. eine Unterwanderungsstrategie anzudichten. Dem Verein wird unterstellt, sich nur deshalb gegen Rechtsextremismus einzusetzen, um seine eigentlichen Ziele zu verbergen.

In Wahrheit haben wir ganz andere Probleme: Wallfahrten zu Gräbern von alten und neuen Nazis, Zulauf und Wahlerfolge bei der NPD und anderen Naziorganisationen, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt gegen Ausländer, Antisemitismus, Anschläge auf Synagogen, rechte Schlägertrupps, die durch die Straßen ziehen, und Konzerte, bei denen den Besuchern Hass und Gewalt eingehämmert werden. Die Entwicklung der gewaltbereiten Gruppen, der Ideen- und der Geldgeber in der rechtsextremistischen Szene sind äußerst bedenklich und gefährlich für unsere Gesellschaft. Ein breites gesellschaftliches Bündnis muss hierzu Flagge zeigen und sich diesen Entwicklungen entgegenstellen.

Vorbildlich Flagge zeigt seit 1990 die Antifaschistische Informations- und Archivstelle München e.V., kurz a.i.d.a. Trotz ihrer wertvollen Arbeit ist a.i.d.a. ins Visier des Verfassungsschutzes gekommen. Dies geschah jedoch völlig zu Unrecht. Damit wird das zivilgesellschaftliche Engagement gegen die Nazis empfindlich geschwächt, und die lachenden Dritten sind die rechten Gruppen.

Der gemeinnützige Verein a.i.d.a. sammelt allgemein zugängliche Informationen über die rechte Szene und deren Aktivitäten. Darüber hinaus werden diese Informationen aufbereitet und als Hintergrundmaterial zur Verfügung gestellt. a.i.d.a. leistet journalistische Recherchearbeit, die nötig ist, um einen Überblick über die rechte Szene zu erhalten und ihr wirksam entgegenzutreten. a.i.d.a. ist für die geleistete Arbeit mehrfach ausgezeichnet worden: 2005 und 2006 vom bundesweiten Bündnis für Demokratie und Toleranz sowie 2008 von der Landeshauptstadt München, dem Ausländerbeirat und dem Verein Lichterkette.

Obwohl die Vorwürfe nicht stichhaltig und einfach nur lächerlich sind, hat das Kultusministerium den Bayerischen Jugendring, der Träger der Landeskoordinierungsstelle ist,

trotz dessen Protest angewiesen, a.i.d.a. aus dem Beratungsnetzwerk auszuschließen. Ungeachtet dessen, dass a.i.d.a. die ohnehin sehr vagen und aus der Luft gegriffenen Vorwürfe samt und sonders schriftlich entkräftet hat, a.i.d.a. wird die Strategie unterstellt, Bündnisse mit demokratischen Organisationen einzugehen. Das ist einer der vielen Vorwürfe. Einem Vertreter von a.i.d.a. wird vorgeworfen, dass er nicht unter seinem richtigen Namen auftrete. Dabei handelt es sich um einen Journalisten, der unter einem Pseudonym arbeitet. Die Verwendung eines Pseudonyms ist bei vielen Journalisten, Autoren und Künstlern üblich. Lorient heißt auch nicht Lorient, und Carl Amery heißt auch nicht Carl Amery.

(Tobias Thalhammer (FDP): Claudia Jung heißt auch nicht Claudia Jung!)

Stimmt, Claudia Jung heißt auch nicht Claudia Jung. Was in der Regel als normal bezeichnet wird, wird in diesem Fall als gravierendes Indiz herangezogen. Dem Journalisten wird unterstellt, ein Verfassungsfeind zu sein. Dabei handelt der Verfassungsschutz fahrlässig, da die Sicherheit des betroffenen Journalisten gefährdet wird. Aufgrund der Veröffentlichung des richtigen Namens kann die rechte Szene durch entsprechende Recherche an den Journalisten herantreten. Dadurch kann er schnell in Gefahr geraten.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

A.i.d.a. wird vorgeworfen, dass ein Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz bei einer Veranstaltung den Saal verlassen musste. Bei dieser Veranstaltung ist der Journalist als Referent aufgetreten. Jedoch war a.i.d.a. nicht der Veranstalter. Da es eine Abstimmung gegeben hat, sollte der Verfassungsschützer den Saal verlassen. Der Journalist hat an der Abstimmung überhaupt nicht teilgenommen. Hierbei handelt es sich auch um einen völlig leeren Vorwurf.

A.i.d.a. werden die Inhalte eines Flugblattes zur Last gelegt, das nachweislich nicht von a.i.d.a. stammt und nicht von a.i.d.a. verbreitet worden ist. A.i.d.a. werden Inhalte auf Internetseiten zur Last gelegt, die mit der a.i.d.a.-Internetseite verlinkt sind oder auf einen

Link verweisen, der auf die a.i.d.a.-Internetseite aufmerksam macht. Darauf kann jedoch kein Einfluss genommen werden, sodass a.i.d.a. für die Verlinkungen nicht verantwortlich gemacht werden kann. Übrigens wird vom Verfassungsschutz auch Kapitalismuskritik als linksextrem eingeschätzt. Darüber kann man sich doch wahrlich streiten.

Den Vertretern von a.i.d.a. werden frühere Straftaten vorgehalten. Bei näherer Betrachtung bleibt von diesen Vorwürfen allerdings nichts übrig. Die Straftaten waren entweder harmlos, erklärbar, oder das Verfahren hat sich als ungerechtfertigt herausgestellt, und sie standen auch überhaupt nicht im Zusammenhang mit der Arbeit von a.i.d.a. Verfahren aus dem Jahr 1990 oder aus dem Jahr 1996 werden herangezogen. Ich war damals auch jedes Wochenende in Wackersdorf und habe dort protestiert. Ich wäre da auch leicht in ein Verfahren hineingeraten. Ich hatte wegen einer Sitzblockade gegen die Stationierung von Pershing-Raketen ein Nötigungsverfahren am Hals.

Absurd werden die Argumentationen des Verfassungsschutzes, wenn a.i.d.a. vorgeworfen wird, sich mit den Beschreibungen und Auswirkungen des Rechtsextremismus der Mitte auseinanderzusetzen; das ist ja ein ganz schwerer Vorwurf. Hierzu gibt es allerdings viele Untersuchungen anerkannter Wissenschaftler und Universitäten, die sich mit genau diesem Thema auseinandersetzen. Zu nennen sind die Untersuchungen von Oliver Decker und Elmar Brähler in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung "Vom Rand zur Mitte - rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland" aus dem Jahr 2006, die Untersuchungen "Deutsche Zustände" von Wilhelm Heitmeyer und die Studie der Universität Leipzig von Doris Liebscher und Christian Schmidt "Grenzen lokaler Demokratie" aus dem Jahr 2007. In der zuletzt genannten Studie heißt es: "Die These von Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft ist mittlerweile gut belegt."

Bereits im Jahr 2000 sagte der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse - ich zitiere:

Jetzt begreifen wir, dass der Rechtsextremismus nicht nur am Rande der Gesellschaft angesiedelt ist, nicht isolierbar ist, sondern dass ausländerfeindliche Einstel-

lungen, Intoleranz, zunehmende Gewaltbereitschaft weit bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen.

Nach der strengen Auffassung des Verfassungsschutzes wäre also diese Aussage von Wolfgang Thierse ein Paradoxon in einer freiheitlich-demokratisch geprägten Gesellschaft, wäre ein Argumentationsmuster eines linksextremistischen Antifaschismusverständnisses. Da ist das Landesamt für Verfassungsschutz wohl nicht auf der Höhe der Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die notwendige Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Rechtsextremismus' der Mitte jetzt als Verfassungsfeindlichkeit zu brandmarken, ist abwegig und zeugt von Blindheit gegenüber den Tatsachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Verfassungsschutz und beim Innenministerium muss bei den Einschätzungen dessen, was gegen die freiheitlich- demokratische Grundordnung verstößt, was zu tolerieren und was gerade im Sinne unserer Demokratie ist, dringend nachjustiert werden. Für die wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, nazistischen Tendenzen und stiller Unterstützung in der Bevölkerung von rechtsextremistischem Gedankengut ist jedenfalls die Zusammenarbeit mit Institutionen wie a.i.d.a. sehr wichtig und sehr hilfreich. Wir wollen, dass a.i.d.a wieder an diesen Tisch zurückkehren kann. Wir halten die Haltung des Verfassungsschutzes, diese wertvolle Infrastruktur zivilgesellschaftlichen Engagements zu zerschlagen, nicht für gerechtfertigt und fordern Sie auf, dieses zurückzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Als nächster Rednerin erteile ich für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Helga Schmitt-Bussinger das Wort.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich will anfangs deutlich machen, dass es natürlich Aufgabe des Verfassungsschutzes ist, auf demokratiefeindliche Tendenzen und Entwicklungen hinzuweisen. Weiterhin ist es Aufgabe des Verfassungsschutzes, dabei Links- und Rechtsextremisten gleichermaßen im Auge zu behalten und diese gegebenenfalls zu erfassen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

wenn entsprechende Erkenntnisse vorliegen. Sie, verehrter Herr Minister Herrmann, stufen zusammen mit der Verfassungsschutzbehörde die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München, kurz a.i.d.a., als linksextremistisch ein, ohne eine stichhaltige und nachvollziehbare Begründung zu liefern, im Gegenteil: Sie setzen noch eins drauf und lassen a.i.d.a. aus dem Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus ausschließen. Hier sind Sie eindeutig zu weit gegangen. Herr Innenminister Herrmann, ich fordere Sie dazu auf: Nehmen Sie das zurück, kehren Sie zu einer Politik des Augenmaßes zurück!

(Beifall bei der SPD)

Beenden Sie die Hetze gegen den allgemein anerkannten Verein und dessen Diffamierung. Was werfen Sie a.i.d.a. überhaupt vor? Im Verfassungsschutzbericht nennen Sie lediglich eine Vortragsveranstaltung über den Stand der extrem rechten Szene in München, das im Café Marat stattgefunden hat, auf die Gegenproteste von Rechtsextremen folgten. Interessanterweise war das Motto der rechten Gegenproteste anlässlich dieser Veranstaltung "Linksextreme Strukturen erkennen - a.i.d.a.-Archiv verbieten". Sollen die Rechtsextremen tatsächlich ihr Ziel erreichen?

Frau Kollegin Tausendfreund hat die weiteren, nicht im Verfassungsschutzbericht genannten, aber in den Medien veröffentlichten und von Ihnen auch weitergegebenen Vorwürfe ausführlich vorgetragen. Ich glaube, all diese Vorwürfe können entkräftet werden. Sie stehen nicht im Verfassungsschutzbericht.

Ich will darauf hinweisen - wie das auch Frau Kollegin Tausendfreund schon getan hat -, dass a.i.d.a. von der Stadt München und von verschiedenen Organisationen und Gruppierungen, zuletzt vom Bündnis für Demokratie und Toleranz, in dessen Beirat Abgeordnete und namhafte Wissenschaftler sitzen, geehrt wurde. Zuletzt bekam a.i.d.a. den "Förderpreis Münchner Lichtblicke". Der Vereinsvorsitzende arbeitet inzwischen in einer von der Stadt München eingerichteten und finanzierten Recherchestelle.

Herr Innenminister, Sie stellen hier eine Gruppe aktiver, nachweislich anerkannter Experten, die in einzigartiger und unvergleichlicher Weise rechtsextreme, rassistische Tendenzen und Strukturen erfassen, an den Pranger. Sie diffamieren einzelne Personen dieses Vereines und nehmen in Kauf, dass die bundesweit anerkannte Arbeit von a.i.d.a. nicht weitergehen kann und dass Sie diskreditiert und zerstört wird. Sie nehmen darüber hinaus in Kauf, dass die gewünschte, von Ihnen ins Leben gerufene Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus praktisch nicht mehr arbeiten kann; denn ohne a.i.d.a. - das sagen diejenigen, die in dieser Koordinierungsstelle arbeiten - ist diese Einrichtung nicht mehr arbeitsfähig.

Ich verhehle meine Meinung nicht, dass diese Vorgehensweise fatal an den Radikalerlass der 70er-Jahre erinnert.

(Christian Meißner (CSU): Das ist weit übertrieben!)

- Nein, ich bin auf diesem Gebiet vielleicht etwas sensibler als Sie. Das erinnert mich tatsächlich an die Situation in den 70er-Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt beachtliche Solidaritätsbekundungen - Frau Kollegin Tausendfreund hat das schon genannt - von Gruppen und Personen, die nicht im Verdacht stehen, linksextremistisch zu sein, zum Beispiel vom Bayerischen Jugendring, von den Jusos, den GRÜNEN, vom Kreisjugendring München, vom Ausländerbeirat München. Sie alle, die bisher eng mit a.i.d.a. zusammengearbeitet haben, betrachten Ihre Vorwürfe, Herr In-

nenminister, und die des Verfassungsschutzes als aus der Luft gegriffen. Sie alle erkennen die gute fachliche Arbeit von a.i.d.a. an. Ich frage Sie deshalb ernsthaft, Herr Innenminister: Was bezwecken Sie mit dieser Diffamierungskampagne?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Fakt ist: Sie zerstören die außerordentlich gute Arbeit des Beratungsnetzwerkes, und Sie tun den Neonazis und anderen Rechtsradikalen einen großen Gefallen. Wollen Sie denn das tatsächlich?

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Anschuldigungen, die Sie, Herr Innenminister, und die zuständigen Behörden bisher nicht einmal gegenüber den Betroffenen konkretisiert haben - wohl gegenüber der Presse, aber nicht gegenüber den Betroffenen -, sind haltlos und inzwischen vollkommen entkräftet. Deshalb fordern wir Sie dringend auf, erstens diese haltlosen Anschuldigungen zurückzunehmen, zweitens die wertvolle Recherchearbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement von a.i.d.a. anzuerkennen und drittens dafür zu sorgen, dass die Weisung zurückgenommen und a.i.d.a. wieder in die Landeskoordinierungsstelle aufgenommen wird. Die SPD stimmt dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zu und bittet um Zustimmung zu ihrem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die CSU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Christian Meißner das Wort.

Christian Meißner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich allen Ernstes, ob Sie sich, ohne nachzurecherchieren, vor so einen Karren spannen lassen. Die sonst so geschätzte Kollegin Tausendfreund hat nicht einmal eine Minute bis zu ihrem Schwenk auf den "bösen Rechtsextremismus" gebraucht, der jetzt schalten und walten könnte, weil der Verfassungsschutz seiner eigentlichen Tätigkeit nachgeht.

Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, ich begrüße, was Sie am Anfang Ihrer Rede gesagt haben. Sie haben das aber mit Ihrer Ankündigung der Unterstützung dieses Dringlich-

keitsantrags wieder ad absurdum geführt. Wir müssen uns darüber klar sein, dass der Extremismus bekämpft werden muss, egal, woher er kommt. Es gibt keinen Extremismus erster und zweiter Klasse. Ich bin dankbar dafür, dass dies der Verfassungsschutz in Bayern genauso sieht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Kollegin Tausendfreund, Sie haben gemeint, die Vorwürfe gegen a.i.d.a. seien entkräftet. Ich sehe das nicht so. Der Minister wird sicherlich auch noch darauf eingehen. Ich möchte einen anderen Aspekt aufgreifen: Wir haben momentan eine verkehrte Welt. A.i.d.a. wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Die GRÜNEN haben nichts Eiligeres zu tun, als zu fordern, dass diese Beobachtung wieder zurückgenommen wird. Das gilt auch für den Bayerischen Jugendring und den Münchner Stadtjugendring. Ich fordere alle, die sich sofort hinter a.i.d.a. gestellt haben, auf, einmal zu schauen, wie sich die Verantwortlichen bei a.i.d.a. selbst verhalten haben, und dann zu prüfen, ob sie auf dem richtigen Weg sind.

Die Reaktion von a.i.d.a. auf diese Beobachtung müsste eigentlich anders sein. Das ging los, als a.i.d.a. aufgefordert wurde, die Links auf ihrer Homepage zu überprüfen. Nun könnte man einwenden, dass es einen Hinweis gebe, wonach a.i.d.a. für die Inhalte der verlinkten Seiten keine Verantwortung übernehme. Auf dieser Homepage wird jedoch - ich habe es heute Vormittag noch überprüft - auf großartige und interessante Seiten verwiesen. Dies wurde bis heute nicht geändert. Ich werde Ihnen nachher noch ein paar Zitate nennen. Es geht weiter: Im "Radio Lora" in München wurde am 10. April von einem Vertreter von a.i.d.a., den ich hier nicht nennen will, erklärt: Wir waren einfach zu faul, diesen Satz zu den großartigen und interessanten Seiten zu ändern. Dazu kann ich nur sagen: Das ist nicht zu fassen.

Das Radio hat daraufhin - weil das ja höfliche Leute sind - nachgefragt, dass es bestimmt kein Problem wäre, diese Links aus der Homepage herauszunehmen. Ich zitiere wieder den Vertreter von a.i.d.a.: Wir haben momentan keine Veranlassung, irgendwas zu än-

dern. Der Verein, den Sie hier in Schutz nehmen wollen, sagt nach wie vor, er sei entweder zu faul oder er habe keine Veranlassung, etwas zu ändern. Diese Homepage ist verlinkt auf Seiten wie die der Antifa NT. Ich zitiere aus dieser Seite: Wir wollen unsere Arbeit als radikale Kritik der Verhältnisse begreifen, mit dem Ziel, diese Verhältnisse zu überwinden. Auf einer anderen Seite, die mit der Seite von a.i.d.a. verlinkt ist, ist zu lesen: Somit ist der politische Kampf für sozialrevolutionäre Änderung auch immer ein Kampf gegen den Staat und die Polizei. Ein weiteres Zitat: ... denn die einzige Sprache, die der Staat und seine Organe verstehen, ist die Sprache der Gewalt.

Meine Damen und Herren, a.i.d.a. war zu faul, den Link zu entfernen. Dann wundert es mich nicht, wenn diese Stelle vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Ich verstehe auch nicht, warum Sie Anträge einbringen, um an dieser Beobachtung etwas zu ändern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

A.i.d.a. würde es gut zu Gesicht stehen, diese Trägheit zu überwinden. Frau Kollegin Tausendfreund, Sie haben uns die Theorie vorgeführt. Ich habe mir auch über die Antifaschismus-Theorie Gedanken gemacht und möchte aus einem Gutachten der Bundeszentrale für politische Bildung zitieren. Wenn wir uns über dieses Thema unterhalten, müssen wir die Begriffe sauber definieren. Die Definition für Antifaschismus, worauf sich die Links von a.i.d.a. immer beziehen, lautet in diesem Gutachten: Damit beabsichtigt konsequenter Antifaschismus in diesem Sinn die Abschaffung der Wirtschaftsordnung, des Kapitalismus und damit der als bürgerlich geltenden parlamentarischen Demokratie. Meine Damen und Herren, das sind wir und der Freistaat Bayern. Ich meine, hier muss eine solche Stelle ihre Trägheit überwinden und zumindest die Kraft aufbringen, ihren Internetauftritt zu ändern, vor allem, weil sie in einer öffentlichen Debatte steht.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass unser Verfassungsschutz wachsam ist. Er hat auch allen Grund, wachsam zu sein. Im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN wird gefordert, die Weisung bezüglich der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus zurückzunehmen. Dieser Antrag ist auf keinen Fall zustimmungsfähig. Aus meiner Sicht

hat der Verfassungsschutz richtig gehandelt. Derzeit gibt es keinen Anlass, diese Weisung zurückzunehmen. A.i.d.a. und die Betroffenen hätten die Möglichkeit, diese Anordnung zu überwinden, wenn sie nicht gar so faul und träge wären.

Ich möchte mir zum Schluss noch eine Bemerkung erlauben: Wir im Parlament sind sozusagen auf dem Oberdeck der Demokratie. Wir liegen selten im Liegestuhl, weil wir viel arbeiten. Wir sollten daran denken, dass wir einen Verfassungsschutz haben. Dieser arbeitet sozusagen im Maschinenraum dieser Demokratie. Wir sollten ihn seine Arbeit tun lassen. Wenn jemand in das Visier des Verfassungsschutzes gerät, kann er die gegen ihn erhobenen Vorwürfe entkräften. Wenn er nicht zu träge ist, seinen Internetauftritt zu ändern, kann auch die Beobachtung wieder aufgehoben werden, und alle sind glücklich. Zum jetzigen Zeitpunkt und mit diesen Erkenntnissen ist der Dringlichkeitsantrag abzulehnen. Darum bitte ich Sie.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich gebe bekannt, dass zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt wurde.

(Harald Güller (SPD): Wer hat das beantragt?)

Die CSU-Fraktion.

(Harald Güller (SPD): Haben wir wieder Präsenzprobleme? - Margarete Bause

(GRÜNE): Zu faul, ins Plenum zu kommen!)

Ab jetzt tickt die Uhr. Die Abstimmung kann in einer Viertelstunde erfolgen. Für die Fraktion der Freien Wähler erteile ich Herrn Kollegen Streibl das Wort.

Florian Streibl (FW): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir alle sind uns in diesem Hause einig, dass rechtsradikales nationalsozialistisches Gedankengut eines der größten Übel ist, welches unser Planet jemals gesehen hat. Unzählige Menschen und Familien litten und leiden immer noch unter diesem Gedan-

kengut und den Folgen. Jede Gesellschaft und jede Politik muss ihr Augenmerk darauf richten, dass der braune Sumpf trockengelegt wird. Das ist aber nicht durch irgendwelche Vereine möglich. Wir haben ein gesellschaftliches Problem: Der französische Staatspräsident Sarkozy sagt: Politik folgt der Gesellschaft. Wenn dem so ist, sind wir in den Parlamenten aufgefordert und berufen, zu handeln.

Wir haben in Deutschland eine Situation, in der ungefähr 10 % unserer Bevölkerung von staatlichen Zuwendungen und Unterstützungen leben müssen. Menschen mit mittlerem Einkommen können inzwischen durch Hartz IV innerhalb von wenigen Jahren in eine Sozialhilfe-Falle geraten. Die Volksparteien leiden unter einem zunehmenden Glaubwürdigkeitsverlust. Nach Umfragen ist jeder dritte Deutsche davon überzeugt, dass die Demokratie unsere Probleme nicht mehr lösen kann. Das ist ein ganz gefährlicher Nährboden für alle extremistischen Tendenzen, ob von rechts oder von links. Wir als bürgerliche Mitte, die wir noch an Demokratie glauben und demokratische und rechtstaatliche Werte verteidigen, sind hier gefordert.

(Beifall bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Zu a.i.d.a.: Ich muss zugeben, bis vor einiger Zeit habe ich Aida für eine Oper von Verdi gehalten. Ich habe mich inzwischen eines Besseren belehren lassen. Wenn ich mir die Sachen ansehe, stelle ich fest, dass darin schon ein Jargon der Linksextremen gepflegt wird. Ich lese, dass eine Verlinkung mit wichtigen, großartigen Seiten angekündigt wird. Auf diesen Seiten stehen Zitate, die weitgehend schon vorweggenommen wurden. Ein Zitat möchte ich aber doch erwähnen: "Wir sehen die Gewalt jedoch als ein notwendiges Mittel, um die aktuellen Zustände endgültig zu überwinden." Zu revolutionären Unruhen aufzurufen kann nicht im Sinne einer Demokratie sein. Dazu kann man nur sagen: Deine Sprache verrät dich.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Für uns gibt es zurzeit keine Veranlassung, dem Verfassungsschutz zu misstrauen. Er wird schon nicht aus Jux und Tollerei solche Bemerkungen in seinen Bericht schreiben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Er wird schon seine Gründe dafür haben. Unser Vertrauen in den Verfassungsschutz ist höher als unser Vertrauen in einen Verein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Aus diesem Grund können wir die Anträge leider nicht unterstützen. Trotzdem müssen wir unser Augenmerk darauf richten, dass es Sache eines rechtsstaatlichen, demokratischen und freiheitlichen Volkes ist, allen extremistischen Tendenzen, egal ob von links oder rechts, standhaft und wehrhaft entgegenzutreten und für eine humanitäre Politik in Deutschland einzutreten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich darf bekanntgeben, dass auch für den SPD-Antrag namentliche Abstimmung beantragt wurde. Wir werden beide Abstimmungen gemeinsam in zirka elf Minuten durchführen. Als nächstem Redner darf ich für die FDP-Fraktion Herrn Dr. Andreas Fischer das Wort erteilen.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag richtet sich darauf, die antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München nicht länger als linksextremistische Organisation einzustufen und den Bayerischen Jugendring nicht länger zu verpflichten, die Zusammenarbeit mit a.i.d.a. einzustellen. Dies wird vor allem damit begründet, dass sich a.i.d.a. antifaschistisch engagiere.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ganz klar: Faschisten sind gegen die Demokratie und müssen deshalb von uns bekämpft werden. Der Rückschluss, dass deshalb alle Antifaschisten für die Demokratie sind, ist in dieser Pauschalität aber nicht richtig. Auch die Linke wirbt mit dem Slogan "Rechte Ideen, Naziideen aus den Köpfen". Der Antifaschismus war erklärtermaßen die Staatsdoktrin der DDR, eines Unrechtsregimes, das, so glaube ich, von keinem von uns als Vorbild gesehen wird. Dies zeigt, dass

der Begriff Antifaschismus von Linksradikalen missbraucht wird. Deshalb ist hier höchste Wachsamkeit geboten.

Der Übergang zwischen denjenigen, die aus demokratischer Überzeugung gegen rechte Extremisten eintreten, und denen, die selbst diese Demokratie bekämpfen, ist fließend. Wir müssen auch diejenigen schützen, die aus demokratischer Überzeugung gegen Antisemitismus, Rassismus, Militarismus, Totalitarismus und Nationalismus eintreten. Wir müssen sie davor schützen, dass sie in einen Topf mit anderen Totalitaristen von der linken Seite geworfen werden.

(Beifall des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Darüber sollte zwischen Demokraten genauso Konsens bestehen wie über den Kampf gegen den Rechtsextremismus.

Deswegen vertritt die FDP die Position, dass wir mit Augenmaß vorgehen. Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, Sie fordern eine Politik mit Augenmaß. Deshalb bitte ich Sie darum, die Politik des Augenmaßes nicht so zu betreiben, als ob Sie auf dem linken Auge blind wären.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Die politische Einstellung Autonomer, die das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit weder dem politischen Gegner noch dem als Repressionsorgan bezeichneten, für den Staat tätigen Polizeibeamten zugestehen, ist nicht akzeptabel.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Was hat das mit a.i.d.a. zu tun?)

Nun komme ich zum Fall a.i.d.a. und möchte konkret dazu Stellung nehmen. Die Einstufung von a.i.d.a. im Verfassungsschutzbericht ist neu. Das ist richtig. Richtig ist auch, dass im Verfassungsschutzbericht selbst wenig an Begründung zu lesen ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Null Begründung!)

Der Verfassungsschutzbericht ist aber nicht die einzige Stelle, an der die Begründung erfolgen kann. Mehrfach ist auch auf die Verlinkung hingewiesen worden, die nicht aus Versehen entstanden ist, sondern in der bestimmte Seiten ausdrücklich als wichtig und großartig bezeichnet worden sind. Ich möchte den Zitaten noch zwei weitere hinzufügen. Auf einer der Seiten, auf die verwiesen wird, heißt es: "Die einzige Sprache, die der Staat und seine Organe verstehen, ist die der Gewalt." Das ist deutlich und spricht für sich.

(Beifall bei der FDP)

Gefordert wird auch, dass Kapitalismuskritik erlaubt sein müsse. Dazu wird aber auf einer Seite gesagt:

Wir begreifen Antifa-Politik nicht bloß als reinen Kampf gegen die Nazis, sondern immer auch als Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Damit ist nicht irgendeine abstrakte Ordnung, sondern unsere Gesellschaftsordnung gemeint, die bekämpft werden soll. Deswegen sage ich ganz klar: Wir können diesem Antrag nicht zustimmen. Es ist ein Antrag, der das Ergebnis der Prüfung vorwegnimmt und der die Begründung viel mehr schuldig bleibt als die Einstufung im Verfassungsschutzbericht. Ich möchte in Ruhe die Begründung hören, bevor ich Schlussfolgerungen ziehe. Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tut das Gegenteil. Dem können wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als letztem Redner in dieser Debatte darf ich für die Bayerische Staatsregierung Herrn Staatsminister Joachim Herrmann das Wort erteilen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns sicherlich einig im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Wir freuen uns, wenn sich möglichst viele Bürger an diesem Kampf beteiligen.

Wer aber gegen Rechtsextremismus kämpft - ich greife gerne das auf, was Kollege Fischer zuletzt gesagt hat -, darf nicht gleichzeitig auf dem linken Auge blind sein.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Wichtig ist, dass man sich immer wieder vergegenwärtigt, in welchem größeren Zusammenhang die antifaschistische Bewegung von Seiten des Linksextremismus verstanden wird. Antifaschismus im linksextremistischen Sinn bedeutet eben nicht nur Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern zugleich Kampf gegen den Kapitalismus und alles das, was mit herkömmlichem Bürgertum verbunden ist. Der Theorie nach - gerade darüber wird momentan in antifaschistischen Kreisen sehr intensiv diskutiert - folgt wirtschaftlichen Krisen automatisch der Faschismus aus dem Kapitalismus heraus. Deswegen muss aus Sicht des Antifaschismus der Kapitalismus genauso bekämpft werden. Konsequenter Antifaschismus im linksextremen Sinn zielt auf eine Beseitigung unserer Wirtschaftsordnung und auf Abschaffung unserer parlamentarischen Demokratie ab. Deshalb ist es zwar richtig, dass jeder gute Demokrat gegen Faschismus kämpfen muss. Keineswegs ist aber jeder Antifaschist ein guter Demokrat.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

In der Szene der gewaltbereiten Linksautonomen zeigt sich dieses Verständnis immer wieder auf erschreckende Art und Weise. Gerade in den letzten Tagen haben wir es wieder intensiv erlebt. Sie brauchen nur die Geschehnisse am 1. Mai zu verfolgen. In Mainz war für den 1. Mai eine Demonstration von Rechtsradikalen angemeldet worden. Diese Veranstaltung der Rechtsradikalen ist wieder abgesagt worden. Das hat die Linksextremisten aber nicht daran gehindert, trotzdem gegen die nicht stattfindende Demonstration der Rechtsextremisten zu demonstrieren. Bei dieser Gelegenheit sind dann 350 autonome Antifaschisten gegen die Polizei gewalttätig geworden, obwohl das rechtsextremistische Feindbild überhaupt nicht vorhanden war. Sie haben nach dem Motto gehandelt: Jetzt sind wir schon einmal da, jetzt machen wir auch Krawall und gegen die Polizei sind wir sowieso. Dieses Denken treffen wir in solchen Kreisen an.

Dasselbe hat sich auch in Berlin abgespielt. Was ist im Moment die Zwischenbilanz in Berlin? 479 verletzte Polizeibeamte gab es am 1. Mai.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was hat das mit a.i.d.a. zu tun?)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hallitzky?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Gerne.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, ich habe Herrn Fischer diese Frage schon gestellt und keine sinnvolle Antwort bekommen. Können Sie uns in kurzer Form sagen, was Ihre gesamte Rede mit a.i.d.a. zu tun hat?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Das sage ich Ihnen gerne. Es geht darum, deutlich zu machen, was manche Leute unter antifaschistischem Kampf verstehen. Darum geht es in der Tat, Herr Kollege.

(Adelheid Rupp (SPD): Trotzdem hat das nichts mit a.i.d.a. zu tun! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich darf zwei Aussagen von Pressekonferenzen in Berlin bringen, die zwei Tage vor dem 1. Mai gemacht wurden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es geht nicht darum!)

- Doch, darum geht es schon.

Es wurde schon zwei Tage vor dem 1. Mai wörtlich angekündigt: "Wir wollen soziale Unruhen, und wir werden alles tun, um sie zu erreichen." So der Klassenkämpferische Block.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Hat das a.i.d.a. gesagt?)

- Dazu komme ich gleich.

Es heißt weiter: "Das System ist gewalttätig." So bezeichnen sie den Staat. Man hat angekündigt: Wir können nur sagen: "Wie es in den Wald ruft, so schallt es zurück." Der Sprecher der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin hat ebenfalls zwei Tage vorher, nämlich am 29. April 2009, erklärt: "Wir wollen, dass sich die Bullen auf der 1.-Mai-Demo nicht blicken lassen, sonst können wir für nichts garantieren." So war die Ankündigung schon zwei Tage vorher, meine Damen und Herren.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): War der Sprecher von a.i.d.a.?)

Ich sage Ihnen: Das gehört hierher, weil es dafür wichtig ist, wie wir in einem Rechtsstaat agieren. Für mich wäre eine solche Ankündigung in Bayern ein hinreichender Grund, das Verbot einer solchen Demonstration zu beantragen, weil die Gewalttätigkeit gegen die Polizeibeamten von vornherein angekündigt und zur Gewalttätigkeit aufgerufen worden ist.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was hat das mit a.i.d.a. zu tun?)

Schauen Sie sich auf der Homepage von a.i.d.a. - das wurde von den Kollegen schon angesprochen - um. Dort finden Sie in der Tat eine Vielzahl von Links zu autonomen und anderen linksextremistischen Seiten. Es wird, wenn der Verfassungsschutz nachfragt, warum Links zu solchen Seiten hergestellt werden, gesagt, es stehe im Kleingedruckten - wie das inzwischen jeder inzwischen auf seiner Homepage macht -, dass man sich mit einem Link den Inhalt anderer Seiten nicht zu eigen mache. Aber, meine Damen und Herren, auf den Seiten von a.i.d.a. steht ausdrücklich vor den Links, dass man auf wichtige und großartige andere Seiten verweise. Das bedeutet, dass a.i.d.a. sich sehr wohl das mit zu eigen macht und es toll findet, auf welche anderen - ich sage linksextremistischen - Seiten verwiesen wird.

Meine Damen und Herren, wenn man den "antifaschistischen Newsletter" von a.i.d.a. ansieht, findet, dass dort beispielsweise der rechtsstaatliche Einsatz der Polizei als Repression gegen Antifaschisten diffamiert und als Skandal bezeichnet wird. Die unver-

zichtbare Arbeit unserer Polizei wird verunglimpft und in den Schmutz gezogen. Dies entspricht der linksextremistischen Strategie, das Gewaltmonopol des Staates infrage zu stellen.

Meine Damen und Herren, die Bewertung von a.i.d.a. als linksextremistisch wird ganz klar auch dadurch gestützt, dass führende Aktivisten des Vereins mit langjährigen links-extremistischen Aktivitäten bekannt sind. Bei dieser klaren Sachlage muss jede Art von Zusammenarbeit der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus beim Bayerischen Jugendring mit a.i.d.a. außer Betracht bleiben.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist in der Tat in unserer Demokratie fundamental wichtig. Gerade deshalb, weil er so wichtig ist, dürfen wir ihn um seiner Glaubwürdigkeit willen nicht den Linksextremisten überlassen, sondern es muss eine klare Abgrenzung gegenüber den linksextremistischen Bereich geben.

(Beifall bei der CSU)

Das gilt gerade im Hinblick auf viele junge Menschen in unserem Land. Jemand, der in Kontakt mit einer Organisation kommt, die ihrerseits mit dem Bayerischen Jugendring in Verbindung stand und gefördert wird, der muss die Gewissheit haben, in eine demokratische Organisation zu kommen und sich für etwas Sinnvolles zu engagieren. Wenn wir erkennen, dass mit dem Demokratiebegriff Schindluder getrieben wird und unter dem Deckmantel des Antifaschismus Linksextremismus betrieben wird, sind wir es gerade der Aufklärung junger Menschen schuldig, ihnen rechtzeitig zu sagen, wo das demokratische Spektrum aufhört und wo die Umtriebe auf der linksextremistischen Seite beginnen. Um nichts anderes geht es in der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes.

(Beifall bei der CSU)

Es geht nicht um Strafbarkeit und anderes, sondern es geht um die Warnung vor extremistischen Umtrieben. Deshalb bitte ich Sie, die Anträge der SPD und der GRÜNEN abzulehnen, weil sie für unsere Demokratie schädlich sind.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Mir liegt noch eine Wortmeldung zu einer persönlichen Erklärung vor. Bevor ich diese aufrufe, möchte ich erst einige Ehrengäste auf der Tribüne begrüßen. Aus Israel sind Herr Abba Naor und seine Ehefrau zu uns gereist. Er ist Mitglied im Kuratorium der Stiftung "Bayerische Gedenkstätten". Er ist ehemaliger Gefangener des KZ-Außenlagers Kaufering, das zum KZ Dachau gehörte. Wir freuen uns, dass Sie mit bayerischen Schülerinnen und Schülern diskutieren, um das Vergangene nicht vergessen zu machen und für die Zukunft zu ermahnen. Herzlich willkommen hier in unserem Hause.

(Allgemeiner Beifall)

Er ist in Begleitung des ehemaligen Bürgermeisters von Gauting, Herrn Knobloch. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Nun erteile ich zu einer persönlichen Erklärung der Kollegin Adelheid Rupp das Wort.

Adelheid Rupp (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Herr Innenminister!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich mache diese persönliche Erklärung, weil ich seit Langem Mitglied bei a.i.d.a. bin.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin bei a.i.d.a. Mitglied, weil ich die Arbeit von a.i.d.a. seit vielen Jahren kenne und sehr schätze. Es ist ein Defizit des Innenministeriums, nicht anzuerkennen, dass uns a.i.d.a. Informationen über die rechtsextremistische Szene liefert, die wir sonst nicht erhalten und die für jeden Demokraten wichtig sind, um Widerstand leisten zu können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unser aller Pflicht ist es, Nazis und Neonazis entschlossen entgegenzutreten. Dafür müssen wir umfassend informiert sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

a.i.d.a. hat nachweislich und von vielen Stellen ausdrücklich anerkannt hervorragende Arbeit geleistet.

Was Sie, Herr Innenminister, gemacht haben, war keine Rede, die sich ernsthaft mit a.i.d.a. befasst hat. Das war eine Rede, die damit gar nichts zu tun hatte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, wofür Sie diese Rede vorbereitet und warum Sie sie gehalten haben. Ich erwarte einen ernsthaften Umgang mit einer Organisation, die für unsere Demokratie ungeheuer viel leistet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich fühle mich als Mitglied von a.i.d.a. von dieser Rede und der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht sehr betroffen. Ich halte es für einen Skandal, sich nicht hinter all diejenigen zu stellen, die Nazis und Neonazis in unserem Land entschlossen bekämpfen.

(Lebhafter und anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deswegen schließe ich die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Zu beiden vorliegenden Anträgen wurde namentliche Abstimmung beantragt, was bereits vor mehr als 15 Minuten geschehen ist, sodass die Fristen gewahrt sind.

Ich lasse zunächst über den Antrag der GRÜNEN auf Drucksache 16/1256 abstimmen. Wir haben an den Ausgängen des Saales und vorne am Stenografentisch die Urnen aufgestellt. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkarten abzugeben. Sie haben fünf Minuten Zeit, um die Abstimmung durchzuführen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 14.49 bis 14.54 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einer Minute schließe ich die erste Abstimmung. Noch eine Minute. Wo sind noch Stimmkarten zum Antrag auf Drucksache 16/1256 abzugeben? - So, meine Damen und Herren, ich sehe keinen Kollegen mehr durch die Gänge hetzen. Ich schließe die Abstimmung zum Antrag 16/1256. Das war der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Wir kommen nun zum nächsten Dringlichkeitsantrag.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zum gleichen Thema. Das ist der Antrag auf Drucksache 16/1267. Auch hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen wurden geleert und stehen wieder zur Abstimmung zur Verfügung. Sie haben drei Minuten Zeit, um die Abstimmung durchzuführen. Ich eröffne die Abstimmung und bitte Sie um die Abgabe Ihrer Stimme.

(Namentliche Abstimmung von 14.54 bis 14.57 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag. Wir werden die Ergebnisse der Auszählung so bald als möglich bekannt geben. Das Ergebnis wird von den Offizianten am Rande der Sitzung ermittelt.

(...)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Erfolgreiche Zusammenarbeit im Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus fortsetzen - Ausschluss der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) zurücknehmen (Drucksache 16/1256)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette		X	
Daxenberger Sepp	X		
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia		X	
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten			
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter		X	
Miller Josef		X	
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	49	111	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Helga Schmitt-Bussinger, Florian Ritter u. a. und Fraktion SPD; Rücknahme der Einstufung der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) als linksextremistisch und Rücknahme des Ausschlusses aus dem Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) (Drucksache 16/1267)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette		X	
Daxenberger Sepp	X		
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia		X	
Kamm Christine			
Karl Annette			
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten			
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter		X	
Miller Josef		X	
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	47	109	0

Es geht nicht um Strafbarkeit und anderes, sondern es geht um die Warnung vor extremistischen Umtrieben. Deshalb bitte ich Sie, die Anträge der SPD und der GRÜNEN abzulehnen, weil sie für unsere Demokratie schädlich sind.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Mir liegt noch eine Wortmeldung zu einer persönlichen Erklärung vor. Bevor ich diese aufrufe, möchte ich erst einige Ehrengäste auf der Tribüne begrüßen. Aus Israel sind Herr Abba Naor und seine Ehefrau zu uns gereist. Er ist Mitglied im Kuratorium der Stiftung "Bayerische Gedenkstätten". Er ist ehemaliger Gefangener des KZ-Außenlagers Kaufering, das zum KZ Dachau gehörte. Wir freuen uns, dass Sie mit bayerischen Schülerinnen und Schülern diskutieren, um das Vergangene nicht vergessen zu machen und für die Zukunft zu ermahnen. Herzlich willkommen hier in unserem Hause.

(Allgemeiner Beifall)

Er ist in Begleitung des ehemaligen Bürgermeisters von Gauting, Herrn Knobloch. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Nun erteile ich zu einer persönlichen Erklärung der Kollegin Adelheid Rupp das Wort.

Adelheid Rupp (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Herr Innenminister!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich mache diese persönliche Erklärung, weil ich seit Langem Mitglied bei a.i.d.a. bin.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin bei a.i.d.a. Mitglied, weil ich die Arbeit von a.i.d.a. seit vielen Jahren kenne und sehr schätze. Es ist ein Defizit des Innenministeriums, nicht anzuerkennen, dass uns a.i.d.a. Informationen über die rechtsextremistische Szene liefert, die wir sonst nicht erhalten und die für jeden Demokraten wichtig sind, um Widerstand leisten zu können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unser aller Pflicht ist es, Nazis und Neonazis entschlossen entgegenzutreten. Dafür müssen wir umfassend informiert sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

a.i.d.a. hat nachweislich und von vielen Stellen ausdrücklich anerkannt hervorragende Arbeit geleistet.

Was Sie, Herr Innenminister, gemacht haben, war keine Rede, die sich ernsthaft mit a.i.d.a. befasst hat. Das war eine Rede, die damit gar nichts zu tun hatte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, wofür Sie diese Rede vorbereitet und warum Sie sie gehalten haben. Ich erwarte einen ernsthaften Umgang mit einer Organisation, die für unsere Demokratie ungeheuer viel leistet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich fühle mich als Mitglied von a.i.d.a. von dieser Rede und der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht sehr betroffen. Ich halte es für einen Skandal, sich nicht hinter all diejenigen zu stellen, die Nazis und Neonazis in unserem Land entschlossen bekämpfen.

(Lebhafter und anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deswegen schließe ich die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Zu beiden vorliegenden Anträgen wurde namentliche Abstimmung beantragt, was bereits vor mehr als 15 Minuten geschehen ist, sodass die Fristen gewahrt sind.